

Niederschrift

Gremium	Sitzung - GESO/015(V)/10			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch, 17.11.2010	Franckesaal	17:00Uhr	19:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 20.10.2010
- 4 Bürgersprechstunde
- 5 Informationen
- 5.1 Umsetzung der Bürgerarbeit in Magdeburg
BE: Amt 50 I0244/10
- 5.2 Bericht des Ausländerbeauftragten
BE: Herr Coulibaly I0264/10
- 6 Anträge
- 6.1 Adelheid-Plakette für soziales Engagement A0125/10
- 6.1.1 Adelheid-Plakette für soziales Engagement S0242/10

- 7 Aktuelles zur Neuorganisation SGB II
 BE: BG V

- 8 Berichterstattung aus dem Arbeitskreis "Seniorenfragen und
 Altenplanung"
 BE: Stadtrat Ansorge

- 9 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Jens Ansorge

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Andrea Hofmann

Stadtrat Lothar Tietge

Stadtrat Sven Haller

Stadtrat Bernd Reppin

Stadtrat Hugo Boeck

Stadträtin Monika Zimmer

Stadtrat Thorsten Giefers

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Christoph Kusig

Sachkundiger Einwohner Andreas Poppe

Geschäftsführung

Frau Kathleen Uniewski

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Kai Langnickel

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Dr. Jürgen

Hildebrand

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung und Begrüßung

Stadtrat Ansorge eröffnet die Ausschusssitzung und begrüßt alle Anwesenden.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt. Die Landung erfolgte form- und fristgerecht. 6 Stadträte sind Anwesend. Stadtrat Ansorge begrüßt Stadtrat Haller als neues Mitglied des Gesundheits- und Sozialausschusses. Er wird für die FDP-Ratsfraktion im GeSo tätig sein.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 20.10.2010

Gegen die Niederschrift vom 20.11.2010 gibt es keine Einwände.
Die Niederschrift wird bestätigt.
Abstimmung: 5-0-1

4. Bürgersprechstunde

Vertreterinnen verschiedener örtlicher Pflegekassen fanden sich zur Bürgersprechstunde ein, um gemeinsam mit dem BG V und Amt 50 über die Fortschritte zur Vereinbarung einer Kooperation zum Ausbau der Pflegeberatung durch Vernetzung aufeinander abgestimmter pflegerischer und sozialer Beratungs-, Versorgungs- und Betreuungsangebote in der LH Magdeburg zu berichten.

Der vorangegangene Aushandlungsprozess in den letzten 2 Jahren war langwierig und schwierig. Ziel der Vereinbarung ist die gegenseitige Abstimmung und Vernetzung aller vorhandenen pflegerischen und sozialen Beratungs-, Versorgungs-, und Betreuungsangebote sowie ein wohnortnaher Zugang für alle Ratsuchenden. Weiterhin vereinbarten die Vertragspartner regelmäßig gemeinsame Informationsveranstaltungen ab dem 01.01.2011 durchzuführen. Die Bürger der Stadt sollen über die Beratungsangebote der Kassen und der LH Magdeburg informiert werden. Die Veranstaltungen werden in wechselnden Räumlichkeiten (Beratungsstellen der Landeshauptstadt, Geschäftsstellen der Kassen) durchgeführt. Die Organisation wird abwechselnd erfolgen. Stadtrat Ansorge erwähnt, dass sich die Ansprechbarkeit der Zielpersonen in den letzten Jahren deutlich verbessert hat. Die vorliegende Vereinbarung findet er mehr als positiv. Stadtrat Ansorge fragt nach, warum im Arbeitskreis für Seniorenfragen und Altenplanung kein ständiger Vertreter für die Pflegekassen anwesend ist? Frau Schmidt (AOK) antwortet, dass es schwierig ist 1 Mitglied für 6 verschiedene Kassen (VdK noch mal 5) zu entsenden. Die Mitarbeit ist auf alle Fälle gewünscht.

Stadtrat Ansorge bekräftigt nochmals den Auftrag des Stadtrates und somit dieses Ausschusses an den BGV zum erfolgreichen Abschluss der Kooperationsvereinbarung.

Stadträtin Hofmann nimmt ab 17.10 Uhr an der Ausschusssitzung teil.
Somit sind 7 stimmberechtigte Stadträte anwesend.

5. Informationen

5.1. Umsetzung der Bürgerarbeit in Magdeburg Vorlage: I0244/10

Frau Borris informiert über das Modellprojekt Bürgerarbeit. Für Magdeburg wurden 700 Bürgerarbeitsstellen beantragt. Innerhalb kürzester Zeit wurde ein Steuerungskreis Bürgerarbeit auf lokaler Ebene mit dem Jobcenter, der Agentur und der Landeshauptstadt eingerichtet. Freie Träger und die städtischen Gesellschaften wurden aufgefordert, Interessensbekundungen für Bürgerarbeitsplätze beim Sozial- und Wohnungsamt abzugeben. Die freien Träger haben 108 Interessensbekundungen für 306 Stellen, die AQB für 454 Stellen und die GISE ebenfalls 16 Projekte für 209 Plätze gezeigt. Stadtrat Haller möchte wissen, wie es bei den Projekten mit der Konkurrenz für die Wirtschaft aussieht? Frau Borris weist darauf hin, dass insbesondere die Förderkriterien Zusätzlichkeit, öffentliches Interesse und damit folglich auch Wettbewerbsneutralität und Gemeinnützigkeit sowie die Unzulässigkeit der Arbeitnehmerüberlassung eingehend geprüft werden (unter Beteiligung des Fachbeirates Marktersatz und Integration und damit der IHK, Handwerkskammer, Kreishandwerkerschaft und DGB). Frau Borris vermutet, dass die Besetzung der Stellen schwierig wird, da in der Vergangenheit teilweise die Ansprüche und Erwartungen der Projektträger auseinander klafften. Außerdem ist nicht auszuschließen, dass einige Träger ihre Projekte von der Zuweisung bestimmter Bedürftiger abhängig machen. Stadträtin Zimmer stellt fest, dass der Projektbeginn Januar 2011 gehalten werden sollte. Stadträtin Hofmann und Stadtrat Ansorge sind sich einig, dass das Ziel der Bürgerarbeit die Integration in den 1. Arbeitsmarkt sein muss.

Stadtrat Ansorge bedankt sich bei Frau Borris für ihre Ausführungen.

Die I0244/10 wird zur Kenntnis genommen.

Hinweis:

Weitere Informationen zur Bürgerarbeit finden Sie unter http://www.bva.bund.de/clin_180/nn_372236/DE/Aufgaben/Abt_II/esf-projekte/Buergerarbeit/Buergerarbeit_node.html?nnn=true

Die Website des Bundesverwaltungsamtes als bewilligende Stelle für die Bürgerarbeit in der Beschäftigungsphase mit vielen, vielen Informationen, Verordnungen und Links zu Bürgerarbeit

5.2. Bericht des Ausländerbeauftragten Vorlage: I0264/10

Herr Coulibaly möchte zu Beginn seinen Dank an alle Ausschussmitglieder für die Hilfe und Unterstützung in den letzten Jahren aussprechen. In der Zusammenarbeit konnten Missverständnisse, Vorurteile und Dissonanzen zu Fachthemen professionell und in Respekt zueinander ausgeräumt und bearbeitet werden. Gemeinsame Zielvorstellungen zum Thema Integration wurden entwickelt.

Mit diesem Bericht soll eine Übersicht über Entwicklungsphasen der Integrationspolitik der Stadt aus der Sicht des ausscheidenden Ausländerbeauftragten vorgelegt werden. Aus dem Grund beansprucht der Bericht keine Vollständigkeit.

Mit dem Rahmenkonzept für die Integration von Migrantinnen und Migranten in die Gesellschaft der Stadt Magdeburg hat die Stadt in Kooperation mit allen relevanten Organisationen in der Migrationssozialarbeit das Fundament für eine erfolgreiche Integration in Magdeburg gelegt. Mit der Bestellung des Beirates für Integration und Migration am 24.06.2010 hat der Stadtrat den Weg für das erste gemeinsame Gremium von Migranten und Vertretern aus der Politik auf kommunaler Ebene geebnet. Herr Coulibaly sichert Frau Osther seine Unterstützung als Koordinator für Integration und Zuwanderung zu und hofft auch weiterhin auf die Unterstützung des Ausschusses.

Stadtrat Ansorge ist der Meinung, dass Herr Coulibaly großen Anteil an der Gründung des Beirates trägt. Auch Stadtrat Giefers ist der Überzeugung, dass sich die Arbeit von Herrn Coulibaly positiv auf die Situation in Magdeburg ausgewirkt hat. Alle Ausschussmitglieder bedanken sich bei Herrn Coulibaly und wünschen weiterhin viel Erfolg bei seiner Arbeit. **Die I0264/10** wird zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Boeck weist auf die Auffindbarkeit der Beauftragten im Internet (Stadtseite) hin. Diese sollte deutlich verbessert werden.

6. Anträge

6.1. Adelheid-Plakette für soziales Engagement

Vorlage: A0125/10

6.1.1 Adelheid-Plakette für soziales Engagement

Vorlage: S0242/10

Stadtrat Tietge bringt den Antrag Adelheid-Plakette für soziales Engagement ein. Der Antrag liegt allen Stadträten vor. Die Verdienste Adelheids sind allen bekannt. Mit der Verleihung soll herausragendes soziales Engagement für Magdeburg geehrt werden. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt vor. Durch die Verwaltung wird die Verleihung des Preises ebenfalls ausdrücklich begrüßt. Ein endgültiges Konzept wird nach der grundsätzlichen Beschlussfassung des Stadtrates durch die Verwaltung erstellt. Stadtrat Giefers fragt nach, ob der Preis mit Geld verbunden sein soll? Der Rahmen muss festgelegt werden und die Veranstaltung kostet auch Geld. Eine Verleihung des Preises in 2011 sieht Stadtrat Giefers nicht. Er regt eine dringende Überarbeitung des Antrages an. Stadträtin Zimmer spricht sich ausdrücklich für den Antrag und somit für die Verleihung der Plakette aus. Stadträtin Hofmann ist der Meinung, dass der Antrag präzisiert werden sollte. Stadtrat Ansorge erklärt, dass die CDU-Fraktion die Idee prima findet. Der Beschlusstext sollte überarbeitet und konkreter formuliert werden. Wer gestaltet die Plakette? Wer verleiht die Plakette? Klärung der Fragen bis zur Stadtratssitzung. Stadtrat Haller ergänzt, dass der Preis keine Konkurrenz zu anderen Preisen sein sollte. Er ist der Auffassung, dass der Preis hoch angebunden und über prominente Preisträger bekannt gemacht werden sollte. Stadtrat Boeck erklärt sich für einen Grundsatzbeschluss, es sollte jedoch Raum für Diskussionen in den Fraktionen geben. Zusammenfassend wird festgestellt, dass die Mitglieder des Ausschusses erwarten, dass die einbringende Fraktion bis zur Beschlussfassung im Stadtrat Präzisierungen einarbeitet und auf aufgeworfenen Fragen Antworten weiß.

Stadtrat Ansorge stellt den Antrag zur Abstimmung:

Abstimmung: 5-0-2

Der Antrag A0125/10 wird empfohlen.

Die S0242/10 wird zur Kenntnis genommen.

7. Aktuelles zur Neuorganisation SGB II

Die DS Option wird nicht noch mal auf die Tagesordnung des Stadtrates gesetzt. Ab 01.01.2011 wird es eine gemeinsame Einrichtung geben. Die Vereinbarung mit der Arbeitsagentur wird zurzeit vorbereitet. Die Trägerversammlung wird durch den OB geleitet. Zur Trägerversammlung gehören je 3 Vertreter aus der Landeshauptstadt und der Arbeitsagentur. Der Vorschlag für die Besetzung Geschäftsführung der gemeinsamen Einrichtung obliegt der Agentur. Die Zustimmung durch die Trägerversammlung ist aber notwendig. Am Freitag, den 19.11. findet ein Gespräch beim OB statt, dort werden noch offene Fragen geklärt. Ab Januar wird die GmbH aufgelöst.

Herr Brüning äußert seine dringende Bitte an die Stadträte, das Verfahren so zu akzeptieren. Der Beirat soll unterstützend tätig werden. Stadtrat Giefers findet es bedauerlich, dass es nicht zur Option kommen wird. Er kritisiert, dass die Agentur den Geschäftsführer stellt. Einfluss geht verloren und politische Handlungsspielräume sind begrenzt. Herr Pischner möchte wissen, wer für die Struktur zuständig ist? Frau Borris antwortet, laut Gesetz entscheidet dies die Trägerversammlung. Der Vertrag wird nächste Woche durch den OB bestätigt. Stadtrat Ansorge hebt ausdrücklich hervor, dass der kommunale Einfluss genutzt und vertraglich verankert werden sollte.

8. Berichterstattung aus dem Arbeitskreis "Seniorenfragen und Altenplanung"

Stadtrat Ansorge berichtet aus dem Arbeitskreis. Der Arbeitskreis hat sich eine neue Geschäftsordnung gegeben. Zum neuen Vorsitzenden wurde Stadtrat Ansorge gewählt. Er wird den Arbeitskreis nach außen vertreten und leiten. Zur vernetzten Pflegeberatung wurde heute schon ausführlich berichtet.

9. Verschiedenes

Stadtrat Ansorge verlässt die Ausschusssitzung und übergibt die Leitung an Herrn Giefers. Somit sind noch 6 stimmberechtigte Stadträte anwesend.

Herr Brüning bringt die Bitte des Vereins „Vigaro e.V.“ vor, sich dem Ausschuss vorstellen zu dürfen und den Mitgliedern des Ausschusses ihr Konzept näher zu bringen. Stadtrat Giefers gibt das Konzept in Umlauf und bittet um Abstimmung. **Abstimmung: 6-0-0**
Alle Ausschussmitglieder sprechen sich für die Einladung in eine der nächsten Sitzungen aus.

Frau Zimmer bittet um Bereitstellung der Tabelle „Förderung freier Träger“ aus dem Haushaltsplan. Nach Rücksprache mit der Budgetbeauftragten des Dezernates wird die Tabelle erst nach Bestätigung im Stadtrat in die endgültige Fassung des Haushaltsplanes eingearbeitet. Die Tabelle wird dann durch Frau Uniewski an alle Stadträte weitergegeben.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge
Vorsitzender

Kathleen Uniewski
Schriftführerin